Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 53 (1959)
Heft: 3

Artikel: Afrika im Umbruch
Autor: Furrer, M.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140348

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Freundschaft mit Rußland oder Kalter und Heißer Krieg?

Welchen Kurs sollen wir steuern? Ganz gewiß ist das Risiko eines Friedens- und Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion mit weit weniger Gefahr für die Menschheit verbunden als der Kalte oder der Heiße Krieg!

Afrika im Umbruch

> Es zieht sich wie ein roter Faden durch alles, was gegenwärtig in Afrika geschieht: Wenn sich die geringste Hoffnung auf eine Lösung des Konfliktes, auf einen Fortschritt ergeben soll, so nur, wenn die Europäer lernen, die Verhältnisse durch die Augen der Afrikaner zu sehen. *Father Huddleston*

In einer Rede an der Konferenz der Völker Afrikas in Accra drückte Pfarrer Michael Scott, der seit Jahren für die Rechte der Schwarzen in Südafrika kämpft, die Befürchtung aus, die Großmächte könnten Afrika in ein Schlachtfeld verwandeln. Ein Land, in dem der Kampf der Großmächte um Afrika mit dem Ringen der Schwarzen um Selbständigkeit verbunden ist, ist Britisch- und Französisch-Kamerun. In Anbetracht des einseitigen Bildes unserer Presse lohnt es sich, einmal die Stimme der Einwohner Kameruns zu vernehmen.

Kamerun, in Westafrika gelegen, war von 1884 bis 1914 deutsches Protektorat. Nach der Niederlage der deutschen Truppen im Jahre 1916 wurde es zwischen Frankreich und England aufgeteilt, wobei Frankreich vier Fünftel des ganzen Gebietes erhielt. Diese Teilung wurde im Jahre 1919 in Versailles bestätigt. Frankreich und Großbritannien wurden angewiesen, die ihnen zukommenden Gebiete als Mandat des Völkerbundes zu verwalten. Im Jahre 1946 übernahm der Treuhandschaftsrat die Mandatgebiete. Laut Artikel 76 der Charta soll das System der internationalen Treuhandschaft «die schrittweise Entwicklung zur Selbstregierung oder zur Unabhängigkeit fördern».

Doch «seit Mai 1955 fließt Blut in Ostkamerun», sagte Ernest Ouandie, der Vizepräsident der UPC in Accra (Dezember 1958). «Nach den nationalistischen Demonstrationen zur Feier des dritten Jahrestages der Revolution sind die Gefängnisse voll von meinen Landsleuten, die willkürlich verhaftet und eingekerkert wurden. Ihr Verbrechen ist ihr Kampf gegen den Kolonialismus. Mehr als 50 000 Menschen jedes Alters erleiden einen langsamen Tod in den Konzentrationslagern.»

Die UPC ist die «Union des Populations du Cameroun». Diese Organisation, die die 1916 willkürlich gezogene Grenze nicht anerkennt, behauptet, mehr als 85 Prozent der Bevölkerung des Kameruns zu vertreten. Sie zitiert «La Tribune des Nations» vom 28. März 1958 als Beweis dafür.

Unter den von der UPC in Kairo herausgegebenen Broschüren ist eine vom 3. Januar 1959, die die Erklärungen ihres Vertreters, Félix-Roland Moumie, an den Sitzungen des Vierten Komitees der UNO am 28. und 31. Oktober und am 10. und 18. November 1958 enthält. Ein paar der von Moumie erwähnten Punkte seien hier zitiert: Die militärischen Kräfte der Franzosen, die im November 1957 30 000 betrugen, sind auf 60 000 erhöht worden. Die Truppen kommen aus Französisch-Äquatorialafrika, die Fallschirmjäger aus Frankreich. Momentan befinden sich mehr als 50 000 Kameruner in Konzentrationslagern, unter ihnen schwangere Frauen, alte Männer und Kinder. Ruben Um Nyobe, der Generalsekretär der UPC, der 1954 seine Organisation vor dem Vierten Komitee der UNO vertrat, ist ermordet worden. Seine Frau und Kinder haben später das gleiche Schicksal erlitten. Obwohl verboten und Opfer einer massiven Ausrottungskampagne, hat die UPC beschlossen, nicht Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Zur Begründung ihres Standpunktes zitierte Moumie die Bibelstelle Ezechiel 18, 32. Die französische Regierung behauptet, die UPC hätte Unruhen provoziert und sei eine paramilitärische Organisation.

Eine zweite Broschüre berichtet von der Allafrikanischen Volkskonferenz in Accra, einer Tagung von weltpolitischer Bedeutung. Die Resolution des Ersten Komitees über Imperialismus und Kolonialismus ersucht alle afrikanischen Organisationen, an die UNO folgende Forderungen für Kamerun zu stellen: Amnestie, freie Meinungsäußerung, kein Verbot der Parteien, Rückkehr aller Deportierten, Organisation eines Referendums über Wiedervereinigung und demokratische Wahlen unter alleiniger Kontrolle der UNO.

In Accra wurde beschlossen, den 20. Februar 1959, das heißt den Tag der Sondersession der UNO-Generalversammlung über Kamerun, als Kamerun-Tag zu feiern. Was ging in jener Sondersession vor?

Im Rahmen der 13. ordentlichen Tagung der Generalversammlung, einer ausschließlich Afrika gewidmeten Veranstaltung, wurde eine Sondersession über die Probleme der beiden Kamerun abgehalten. Der französische Delegierte bat dringend, ohne Verzögerung die volle Unabhängigkeit von Französisch-Kamerun auf den 1. Januar 1960 festzulegen. Félix-Roland Moumie, Vertreter der aufgelösten UPC, agitierte bei den afrikanischen Delegierten für die vorherige Abhaltung von Neuwahlen. Der Regierungschef von Französisch-Kamerun, Ahidjo, wollte Neuwahlen erst nach erreichter Unabhängigkeit durchführen und lehnte die Legalisierung der UPC ab. Sieben afrikanische Staaten – Ghana, Guinea, Libyen, Marokko, der Sudan, Tunesien und die Vereinigte Arabische Republik – brachten eine Resolution ein, die Neuwahlen vor der Unabhängigkeit forderte. Der Chefdelegierte der Sowjetunion verlangte die Wiedervereinigung eines zu Unrecht getrennten Volkes und sprach sich für die Wiederzulassung der UPC und Neuwahlen unter Kontrolle vor der Unabhängigkeitserklärung aus, da sonst die Beendigung der Treuhandschaft

nur eine Maskierung einer neuen französischen Kolonialherrschaft sei. Auch wollte er in ganz Britisch-Kamerun eine Volksabstimmung durchführen lassen.

Im Sinne eines Ausgleichs zwischen diesen zwei Resolutionen brachten Indien, Burma, Kambodscha, Ceylon und Guatemala Abänderungsanträge ein, die die Regierung Kameruns zur Abhaltung von Neuwahlen so bald wie möglich nach dem 1. Januar verpflichten wollten. Doch beharrten die Afrikaner unnachgiebig auf vorher durchzuführenden Wahlen unter einem jetzt zu ernennenden Kommissar der UNO sowie auf der Legalisierung der aufgelösten revolutionären Parteien.

Wenn es sich bewahrheitet, daß die UPC die große Mehrheit der Bevölkerung des Kameruns vertritt und daß diese Organisation wie gewisse andere verboten werden kann, obwohl sie an der UNO vertreten ist, können wir die Befürchtungen der Bevölkerung um ihre Unabhängigkeit begreifen. Ernest Ouandie erklärte in Accra: «Unter dem Kolonialregime sind die wahren Vertreter des unterdrückten Volkes jene, die in Gefängnissen oder Konzentrationslagern sitzen, oder solche, die im Maquis oder im Exil leben.» Selbstverständlich sind die Mitglieder der UPC überzeugt, daß, solange ihre Organisation verboten bleibt, ihr Premierminister den Willen der französischen Regierung ausführen wird.

Die Rolle der Frauen im Kampf Kameruns ist bemerkenswert. Ihre Organisation, die UDEFEC (Union Démocratique des Femmes Camérunaises), war die einzige Frauenorganisation, die die Konferenz von Accra besuchen durfte. Sie war auch in der Versammlung der Delegationschefs vertreten. An der Sitzung des Vierten Komitees (10. November 1958) vertrat Mr. Moumie die Präsidentin dieser Organisation, die nicht anwesend sein konnte. «Die grausame Unterdrückung vom Mai 1955», sagte Mr. Moumie, «hat die Frauen nicht verschont. Tausende von Frauen sind vernichtet worden, einige Hunderte teilten das Schicksal der Männer und wurden eingekerkert oder deportiert. In Ostkamerun allein werden mehr als zweitausend Frauen in Konzentrationslagern gefangen gehalten.»

Die Situation in Britisch-Kamerun scheint noch komplizierter zu sein. Es ist noch nicht entschieden, ob der nördliche Teil von Britisch-Kamerun in eine unabhängige Nigeria-Föderation eintreten wird und wie ein eventuelles Plebiszit für den Süden lauten soll – Autonomie in der Nigeria-Föderation oder Anschluß an das unabhängige Französisch-Kamerun. Einige Delegierte verlangten eine Volksabstimmung in ganz Britisch-Kamerun. Die Sondersession der UNO hat darüber noch keinen Beschluß gefaßt.

Was in Kamerun vor sich geht, ist nur ein kleiner Teil des Kampfes in Afrika, das, wie der «New Statesman» vom 7. März behauptet, von jetzt an zum Zentrum des Weltkampfes wird. Hier stehen die Kolonialmächte auf einer Seite und die Afrikaner, unterstützt von der Sowjetunion, auf der anderen, mit den asiatischen Ländern in der Mitte. Die

«India News» vom 7. März heben hervor, was Nehru vor vier Jahren an der Bandungkonferenz aussprach; er vertrat die Auffassung, die Tragödie Afrikas sei größer als die irgendeines anderen Kontinents, und Asien müsse Afrika beistehen. Der Hauptdelegierte Indiens an der UNO, C. S. Iha, erklärte in bezug auf Französisch-Kamerun, das Land sei ohne Zweifel für die Unabhängigkeit reif. Er war aber der Meinung, daß Wahlen vor der Unabhängigkeit weder durchführbar noch durch die Erfahrung anderer Länder gerechtfertigt seien. Er stimmte deshalb für Wahlen n a c h der Unabhängigkeit. Der wirkliche Grund dieses Unterschieds zwischen dem asiatischen und dem afrikanischen Standpunkt wird nicht angegeben.

Es wird sicher tiefe Meinungsverschiedenheiten unter den verschiedenen Gruppen afrikanischer Staaten geben, und es ist zu fürchten, daß Nkrumahs Ruf «Lasset die Afrikaner nur allein, sie werden ihre Angelegenheiten schon regeln» nicht nachgelebt wird. Der Rat des «New Statesman» (7. März) an die Labourpartei Englands mag uns als Richtlinie dienen. In diesem Kampf um Afrika (den Kamerun erwähnt der Artikel hier nicht) rät er der Labourpartei, an die Seite der Befreier Afrikas zu treten, indem sie das afrikanische Proletariat zu ihrem schutzbedürftigsten Wahlkreis mache und erkenne, daß sie sich durch das Eintreten für die Rechte der Schwarzen für das Wertvollste an der Tradition des Westens einsetze. *M. Furrer*

WELTRUNDSCHAU

Wachsende Spannung Seit wir – im letzten Heft der «Neuen Wege» – schrieben, das Jahr 1959 werde allem nach politisch recht lebhaft werden, ist im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über die d e u t s c h e F r a g e beinahe so etwas wie eine Panikstimmung entstanden. Im Osten wie im Westen redet man angstvoll von einer immer näher rückenden Kriegsgefahr. «Auf beiden Seiten», so schreibt der Moskauer Korrespondent des Londoner «New Statesman», «hat man das Gefühl, daß ein Irrtum oder eine Fehlrechnung jetzt zum Krieg führen könne – zum Krieg um Berlin in ein paar Monaten oder zum Krieg in ein paar Jahren, wenn sich Westdeutschland stark genug fühle, um über die Elbe zu marschieren. Die Russen wissen jetzt, daß die Westmächte, wenn es darauf ankäme, einen Weltkrieg um Berlin riskieren würden und daß eine andere Haltung die NATO zerschlagen und Bonn zu einer völligen Schwenkung in seiner Außenpolitik veranlassen würde. Ist sich Macmillan ebenso klar darüber, daß, wenn Rußland die gänzliche Wiederaufrüstung Westdeutschlands begünstigte, sein eigenes politisch-militärisches Bündnissystem in Osteuropa auf eine schwere Belastungsprobe gestellt würde?»